



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 18.12.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dnr-online.ru: Heute, am 18. Dezember, kommentierte der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin die Erklärungen der ukrainischen Seite über eine Vereinbarung mit Vertretern der DVR über die angenommenen Änderungen in der Verfassung der Ukraine.

„Zwischen dem, was in der Ukraine gesagt wird und dem, was getan wird, ist ein großer Abstand. Bei den Verhandlungen in Minsk hören wir eine dreiste und zynische Lüge des Außenministers der Ukraine Pawel Klimkin, wenn er erklärt, dass die Änderungen mit den Vertretern des Donbass vor ihrer Annahme in erster Lesung erörtert wurden. Solche Erklärungen sind fehl am Platz, weil der Prozess der Erörterung erst jetzt läuft und wir bisher keine Kompromisspunkte gefunden haben. Mehr noch, der Koordinator der politischen Untergruppe der Dreiseitigen Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Donbass Pierre Morel sagte während der letzten Sitzung, dass der Verhandlungsprozess weitergeht, aber dass es bisher keine Punkte gibt, wo ein Einvernehmen gefunden wurde. Und wenn die vorgestellten Änderungen der Verfassung der Ukraine in zweiter Lesung angenommen werden, wird dies eine ernsthafte Verletzung sein, die die örtlichen Wahlen um eine unbestimmte Zeit verschieben wird“, teilte der Vorsitzende des Volkssowjets mit. Außerdem berichtete Denis Puschilin über den Verlauf des Verhandlungsprozesses zur Frage des Austauschs von Gefangenen: „Was den Austausch von Gefangenen betrifft, hat Poroschenko mehrfach mit Worten zum Austausch „alle gegen alle“ aufgerufen, aber wir stoßen auf das fehlende Gesetz zur Amnestie, das die Durchführung eines solchen Verfahrens ermöglichen würde. Wir halten die bei uns Festgehaltenen für Verbrecher, aber wir sind bereit sie auszutauschen, aber die ukrainische Seite, die nicht nur unsere Soldaten, sondern auch einfach politische Gefangene festhält, will diese nicht freilassen“.

Dnr-online.ru: Heute, am 18. Dezember antwortete der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin auf eine Frage von Journalisten über die Notwendigkeit der Durchführung formaler Prozeduren zur Verlängerung der Minsker Vereinbarungen in das Jahr 2016.

„Ich halte es nicht für notwendig, die Verlängerung der Minsker Vereinbarungen zusätzlich zu formalisieren, weil nur ein Punkt des Maßnahmekomplexes die Durchführung von Wahlen und die Erfüllung einer Reihe weiterer Schritte bis Ende 2015 vorsieht. Aber die Wahlen wurden nicht durchgeführt und es kann von keinem Abschluss des Prozesses im Jahr 2015 die Rede sein. Mehr noch, beim letzten Treffen der „normannischen Vier“ wurde die Notwendigkeit der Verlängerung der Minsker Vereinbarungen bis zu dem Zeitpunkt genannt, bis der Maßnahmekomplex erfüllt ist. Deshalb sehe ich keine Notwendigkeit, zusätzlich Dokumente zu unterzeichnen“, teilte Puschilin mit.

„Ich meine, dass es richtig wäre, die Treffen in Minsk stillschweigend weiterzuführen, weil wir die Erfüllung des Maßnahmekomplexes nicht ablehnen, derzeit ist er nicht erfüllt und entsprechend

muss die Arbeit fortgesetzt werden.“

Dnr-online.ru: Der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin berichtete heute über den Verlauf der Prozesses der Ausarbeitung eines Dokuments über die Amnestie, das bei den Verhandlungen in Minsk erörtert wird.

„Die ukrainische Seite hat die Erklärung des OSZE-Vertreterers in der dreiseitigen Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Donbass Martin Sajdik zur Frage der Amnestie sehr übel aufgenommen. Aber tatsächlich beinhaltet dieses Dokument die Wünsche und Positionen der DVR und der ukrainische Seite und bis heute ist es nur an die Seiten verschickt worden. Es gab bisher keine Erörterung oder die Annahme irgendwelcher Entscheidungen“, sagte der Vorsitzende des Volkssowjets Puschilin.

Außerdem äußerte Puschilin die Auffassung, dass es nicht gelingen wird, ein solches Dokument bis Ende des laufenden Jahres abzustimmen. „In diesem Jahr wird es kein abgestimmtes Dokument geben, weil die letzte Sitzung der Untergruppe zu politischen Fragen in diesem Jahr schon stattgefunden hat. Aber möglicherweise haben wir eine Grundlage für die weitere Diskussion“.